



Medienmitteilung

Datum: 5. September 2024
Sperrfrist: Keine

Regierungsrat tritt für hohe Bildungsqualität ein

Der Regierungsrat des Kantons Obwalden unterstützt in seiner Antwort die Stossrichtung der Petition für eine starke Schule und eine gute Obwaldner Bildungsqualität. Eingereicht hat sie der Kantonale Lehrerinnen- und Lehrerverein Obwalden (LVO), mit 900 Unterschriften.

Am 21. Mai 2024 reichte der Kantonale Lehrerinnen- und Lehrerverein Obwalden (LVO) bei der Staatskanzlei die Petition "für eine starke Schule und eine gute Obwaldner Bildungsqualität" mit 900 Unterschriften ein. Die Übergabe der Petition wurde von zahlreichen Lehrpersonen begleitet.

In der Petition legt der LVO dar, dass der Lehrpersonenmangel den Kanton Obwalden und die Bildungsqualität mittel- bis langfristig gefährde. Nur wenn Schülerinnen und Schüler auch in Zukunft von genügend und adäquat ausgebildetem Personal unterrichtet werden, sei eine hochstehende Bildung und die Förderung aller Kinder und Jugendlichen gewährleistet. Klassenlehrpersonen bräuchten mehr Zeit, um allen ihren Aufgaben gerecht zu werden und Berufseinsteigende sollen vor Ort gezielt unterstützt werden. Nur durch eine Angleichung des Lohns an die Löhne in den Nachbarkantonen könne verhindert werden, dass Lehrpersonen abwandern. Der LVO fordert darum eine zweite Entlastungslektion für Klassenlehrpersonen, genügend und gut ausgebildetes Personal in den Schulen, gezielte Unterstützung der Lehrpersonen beim Berufseinstieg und eine Erhöhung der Löhne auf das Niveau der Nachbarkantone.

Regierung unterstützt die Stossrichtung der Petition

Der Regierungsrat des Kantons Obwalden unterstützt in seiner Petitionsantwort die Stossrichtung des Absenders der Petition. Er gibt dem Unterricht von hoher Qualität und der guten pädagogischen Förderung hohe Priorität.

In den vergangenen Jahren hat der Regierungsrat deshalb zusammen mit den Einwohnergemeinden unterschiedliche Massnahmen ergriffen: So hat er beispielsweise auf das Schuljahr 2021/22 neue Entlastungsgefässe für Lehrpersonen mit anspruchsvollen Klassensituationen geschaffen und die Löhne der Kindergartenlehrpersonen angehoben. Auf das Schuljahr 2023/24 hat er ein erweitertes Beratungsangebot im Umgang mit verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern eingerichtet sowie ab dem laufenden Schuljahr die Vorgaben für die Ressourcen für die integrative Förderung erhöht. Die Volksschulen des Kantons Obwalden bieten mit ihrer überschaubaren Grösse, den gut ausgebauten Unterstützungssystemen und einer Klassengrösse von durchschnittlich 17 Schülerinnen und Schülern (Schuljahr 2023/24) gute Rahmenbedingungen für die Lehrpersonen.

Trotz der Massnahmen der letzten Jahre besteht weiterhin ein Lehrpersonenmangel. Um eine gute Qualität des Schulunterrichts gemeinsam mit den Einwohnergemeinden zu erhalten, ist der Regierungsrat bereit, einige der vorgeschlagenen Massnahmen zu prüfen.

Weiterbildung für Neulehrpersonen wird überprüft

Der Regierungsrat beauftragt das Amt für Volks- und Mittelschulen gemeinsam mit den Einwohnergemeinden die Weiterbildungsangebote für neu einsteigende Lehrpersonen zu überprüfen und gegebenenfalls ergänzende Angebote zu schaffen. Damit soll verhindert werden, dass neu einsteigende Lehrpersonen das Berufsfeld rasch wieder verlassen.

Zweite Entlastungslektion wird geprüft

Die von der Petition geforderte zweite Entlastungslektion für Klassenlehrpersonen wird der Regierungsrat im Rahmen der aktuell laufenden Revision der Bildungsgesetzgebung prüfen. Der Regierungsrat hat die Löhne der Lehrpersonen in den letzten Jahren in mehreren Schritten um insgesamt vier zusätzliche Lohnprozente angehoben und so an das Lohnniveau der Nachbarkantone angeglichen. Der Regierungsrat verfolgt die Entwicklung der Löhne von Lehrpersonen insbesondere im Zentralschweizer Vergleich laufend und wird gegebenenfalls Massnahmen ergreifen.

Kontakt für Rückfragen der Medien:

Landammann Christian Schäli, 041 666 62 41, christian.schaeli@ow.ch (erreichbar 10.00 bis 11.00 Uhr)